

Conrad Grau

Die Berliner und andere deutsche Akademien nach dem Zweiten Weltkrieg

In einer Zeit großer materieller Not und der Neugestaltung der deutschen Wissenschaft wurde 1946 in Deutschland des 300. Geburtstages von Gottfried Wilhelm Leibniz gedacht. Erich Hochstetter (1888-1968), ein bekannter Leibniz-Forscher, initiierte das seit 1946 in Lieferungen erscheinende Werk „Leibniz. Zu seinem 300. Geburtstag“. Das erste Heft über „Leibniz als Metaphysiker“ verfaßte Nicolai Hartmann (1882-1950), Professor der Philosophie bis 1945 in Berlin und danach in Göttingen, seit 1934 Ordentliches Mitglied der Preußischen und der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Die Berliner Akademie war von diesem Jubiläum natürlich besonders betroffen. Bereits seit dem 28. Februar 1946 bereitete sie ihren seit 1812 traditionellen Leibniz-Tag für Anfang Juli vor. Den Festvortrag hielt das seit dem Mai 1946 Korrespondierende Mitglied Theodor Litt (1880-1962) aus Leipzig über „Leibniz und die deutsche Gegenwart“. Vorgelegt wurde das Werk „Leibniz und sein Rußlandbild“ von Liselotte Richter (1906-1968), seit 1936 Mitarbeiterin der Leibniz-Edition der Akademie. Sie hat auch einige Gedenkartikel über Leibniz in Zeitungen veröffentlicht, und sie hielt die Festrede auf der Gedenkfeier des Berliner Magistrats und der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung in der Staatsoper. Am 1. Juli 1946, dem 300. Geburtstag von Leibniz, erging die Anweisung, die Preußische als Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin wiederzueröffnen, was am 1. August 1946 erfolgte. Ein Anlaß zur Erinnerung nach fünfzig Jahren!

Wenn wir heute über die Berliner Akademie im ersten Nachkriegsjahrfünft sprechen, sollten wir vorübergehend einmal ausblenden, wie sich ihre weitere Entwicklung ab 1949 in der DDR vollzog. Natürlich stellt sich rückblickend nach fünf Jahrzehnten aus der Kenntnis der Folgen die Frage nach den Wurzeln und danach, wann und ob möglicherweise welche Zielstellungen nicht zu erwarteten Ergebnissen geführt haben. Dank neuer Forschungen wissen wir darüber bereits eine ganze Menge, und weiteres werden wir mit Sicherheit in den folgenden Beiträgen auf dieser Veranstaltung hören. Auch ich selbst habe mich 1992 zum Problem des Neubeginns nach 1945 ausführlich geäußert. Ich verweise auf diesen Artikel mit

den entsprechenden archivalischen Belegen, ohne jene Ausführungen in extenso zu wiederholen. Weitere Nachweise für meine heutigen Darlegungen bieten die am Ende aufgeführten Quellen und Publikationen.

Der äußere Ablauf der wichtigsten Ereignisse von 1945 bis 1949, soweit sie die Akademie betreffen, soll hier zunächst thesenartig verzeichnet werden, bevor versucht wird, die Vorgänge vor dem Hintergrund der damaligen Wissenschaftspolitik in Deutschland - nicht nur in Berlin - ein wenig zu interpretieren.

1.

Am 25. Mai 1945 wandte sich der seit 1938 amtierende Direktor der Akademie, Helmuth Scheel (1895-1967), an den am 17. Mai 1945 auf Initiative der damals allein in Berlin anwesenden sowjetischen Besatzungsmacht gebildeten Berliner Magistrat mit der Bitte, die Betreuung der Akademie „als höchste wissenschaftliche Anstalt des Landes Preußen“ zu übernehmen, „bis wieder eine ordnungsgemäß zuständige Zentralverwaltung gegründet ist“.

2.

Am 5. Juni 1945 übernahmen die alliierten Mächte offiziell die Regierungsgewalt im besetzten Deutschland. Am 6. Juni - aber sicher ohne Kenntnis der Entscheidung des Vortags - versammelten sich zwölf der 19 damals in Berlin anwesenden Ordentlichen Mitglieder (von 69, die der Akademie damals angehörten); sie designierten Johannes Stroux (1886 - 1954), Ordentliches Mitglied seit 1937, zum Präsidenten und sahen die Ausarbeitung einer Akademiesatzung vor. Diese wurde auf der Sitzung von 15 Ordentlichen Mitgliedern am 21. Juni 1945 bestätigt, als auch die Wahl des Präsidenten Stroux und der Sekretare der beiden Klassen, Ludwig Diels (1874-1945) und Fritz Hartung (1883-1967), erfolgte. Beide waren seit 1931 und seit 1939 Ordentliche Mitglieder.

3.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1945 fanden - wie die im Akademie-Archiv überlieferten Protokolle und die 1991 publizierten Dokumente erweisen - regelmäßig Sitzungen der Akademiemitglieder statt, wurden Arbeits- und Haushaltspläne aufgestellt, mit dem nun der Alliierten Kommandantur der Viersektorenstadt unterstehenden Magistrat verhandelt, mit der Rückführung ausgelagerter Arbeitsmaterialien begonnen. Erste Bemühungen lassen sich erkennen, in Berlin bestehende Institute der Akademie zu unterstellen. Es begannen Erörterungen darüber, welche Wissenschaftler als Mitglieder und Mitarbeiter aus politischen Gründen hinfort nicht mehr

tragbar sein würden. Aus einem Brief, mit dem der Wiener Chemiker Wilfried Oberhummer (geb. 1900) am 6. Juni 1946 dem Akademiedirektor in Berlin antwortete, ergibt sich, daß man die Lage hier Ende 1945 recht optimistisch sah. Ich zitiere aus diesem in Berlin erhaltenen Brief: „Ihre Nachricht hatte eine Reise von sechs Monaten hinter sich. Ich weiß nicht, worüber ich mich mehr freuen soll, daß Sie leben, daß Sie im Amte sind, daß sich Ihre alte Tätigkeit wieder entwickelt.“

4.

Die Akademie wurde im Haushalt des Berliner Magistrats, dessen Sitzungsprotokolle im Druck vorliegen, geführt. Am 15. Oktober 1945 sah Stroux in einem Schreiben an diesen die „Vorbedingungen“ für die Eröffnung der Akademie als erfüllt an. „Ich stelle im Namen der Akademie hiermit den Antrag dazu und bitte den Magistrat, die Genehmigung der Besatzungsbehörde zu erwirken.“ Nun kam es jedoch zu einer ganz anderen Entscheidung. Die vorgesetzte Behörde des Magistrats, mit der Anwesenheit der westlichen Truppen in Berlin seit Juli 1945 die Alliierte Kommandantur und nicht mehr die sowjetische Besatzungsmacht allein, strich den Akademie-Etat am 27. Oktober 1945. Die Gründe dafür sind nicht ersichtlich, solange die entsprechenden Unterlagen nicht zugänglich sind. Da die Kommandantur einstimmig entscheiden mußte, könnten sie sowohl bei den Westmächten als auch beim sowjetischen Vertreter gelegen haben. Jedenfalls legte der Berliner Wissenschaftsstadtrat - es war der Kommunist Otto Winzer (1902-1975) - dem Magistrat am 11. Dezember 1945 für den 17. Dezember 1945 auf nachhaltiges Drängen der Akademie erneut einen Antrag vor, in dem die Genehmigung des Akademie-Etats bei der Alliierten Kommandantur verlangt wurde, um „das Weiterbestehen der Akademie der Wissenschaften ... zu ermöglichen“. Der Antrag wurde jedoch noch während der Magistratsberatung zurückgezogen. In den Dezembertagen 1945 dürfte sich also hinsichtlich der Akademie eine neue Meinungsbildung vollzogen haben.

5.

Ein Rückblick: Seit dem 27. Juli 1945 wurden von der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) Deutsche Zentralverwaltungen, darunter für Volksbildung, errichtet. Sowjetische Stellen unterhielten spätestens seit November 1945 direkte Kontakte zur Akademie. Ein Wendepunkt in den Beziehungen der Akademie zu deutschen und sowjetischen Behörden war dann eine Sitzung der Akademiemitglieder am 6. Dezember 1945, auf der der Berliner Oberbürgermeister Arthur Werner (1877-1967) und das Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR Viktor S.

Kulebakin (1891-1970) Ansprachen hielten. Den Fachvortrag hielt Max Vasmer (1886-1962), der Slawist und Ordentliches Mitglied seit 1931 war.

6.

Am 20. Dezember 1945, also zwei Wochen nach der erwähnten Akademiezusammenkunft mit Kulebakin und unmittelbar nach der Zurückziehung der Magistratsvorlage, berichtete der Präsident auf einer Gesamtsitzung über eine Besprechung mit dem sowjetischen Bevollmächtigten. Laut Protokoll kündigte Stroux den „baldigen Übergang der Akademie von der bisherigen Betreuung durch den Magistrat an die Zentraldirektion für Volksbildung“ an, also von einer der Alliierten Kommandatur unterstellten Behörde an eine allein von sowjetischer Seite beeinflusste. Gleichzeitig wurde von den anwesenden Ordentlichen Mitgliedern auf Antrag des Präsidenten die Namensänderung der Akademie, d.h. der Verzicht auf das Wort „Preußische““ entschieden. Wer hinter diesen Regelungen stand, kann nicht zweifelhaft sein: „Der Präsident erklärt, daß Herr Kulebakin am 21. Dezember eine Mitteilung über das Ergebnis der Sitzung machen müsse ...“

7.

Der Ablauf der Ereignisse im Dezember 1945 - konkret der Besuch Kulebakins in der Akademie am 6. Dezember, die Zurückziehung des Etatsantrages an die Alliierte Kommandatur durch den Magistrat am 17. Dezember und die erwähnten Akademiebeschlüsse am 20. Dezember - dürfte eindeutig belegen: Hinsichtlich der Stellung der Akademie sollte nicht mehr der Berliner Magistrat als nachgeordnete Behörde der Alliierten Kommandatur, sondern die Zentralverwaltung für Volksbildung der SBZ zuständig sein, die ausschließlich der östlichen Besatzungsmacht unterstand. Durch die Anordnung über die offizielle Wiedereröffnung der Akademie, die möglicherweise nicht ganz zufällig auf den 1. Juli 1946 datiert wurde, ist dann vollzogen worden, was wohl schon im Dezember 1945 entschieden war, nämlich die Durchsetzung des Anspruchs der sowjetischen Besatzungsmacht auf Entscheidungen über wissenschaftliche Einrichtungen auch im Ostsektor Berlins. Ich erinnere an den Befehl der SMAD vom 8. Januar 1946 über die Eröffnung der Berliner Universität Unter den Linden, die am 29. Januar erfolgte.

8.

Vor und nach der Wiedereröffnung hat die Akademie neun Ordentliche Mitglieder hinzugewählt - drei im Februar und Juni 1946, sechs im Okto-

ber 1946. Außerdem wurden im Mai, August und September 1946 drei Korrespondierende Mitglieder aufgenommen. Noch bevor die am 31. Oktober 1946 beschlossene und am 26. November 1946 bestätigte Satzung der Akademie in Kraft trat, ordnet die SMAD am 18. Oktober 1946 die Überführung von sechs Instituten an die Akademie an. Es handelt sich um das Astrophysikalische und das Geodätische Institut in Potsdam, die Sternwarten in Babelsberg und Sonneberg, das Astronomische Recheninstitut in Babelsberg und das Zentralinstitut für Erdbebenforschung in Jena.

In der neuen Akademiesatzung war festgelegt: „Für die Pflege bestimmter Wissenschaftsgebiete können auf Beschluß des Plenums und nach Bestätigung durch die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung in der Sowjetischen Besatzungszone Institute bei der Akademie begründet oder bereits bestehende ihr eingegliedert werden.“ Durch diese Kann-Bestimmung erhielt die Akademie auf dem Gebiet der Forschung Aufgaben, die über die Tätigkeit der bisherigen Kommission/Unternehmen hinausgingen. Die Entscheidung entsprach Vorstellungen, die die Akademie seit einem halben Jahrhundert verfolgt hatte, zuletzt in der umfangreichen Denkschrift von 1930 „über die Erweiterung ihrer Tätigkeit“. Zu den genannten sechs Akademieinstituten kamen drei noch 1946 hinzu: im November 1946 die Übernahme des Heinrich-Hertz-Instituts für Schwingungsforschung und im September/Oktober 1946 bereits die ersten Neugründungen, das Forschungsinstitut für Mathematik und das Geotektonische Institut:

9.

Bis zum März 1949 vergrößerte die Akademie die Zahl ihrer wissenschaftlichen Einrichtungen und ihrer Mitglieder.

An die Akademie angegliedert wurden

- das Laboratorium für Gasentladungsphysik in Greifswald am 1. Juli 1947;
- das Institut für Medizin und Biologie in Berlin-Buch am 27. Juni 1947;
- das Institut für Festkörperforschung in Berlin-Buch (mit einem gleichnamigen Laboratorium in Dresden) am 1. Juli 1947;
- das Institut für Kulturpflanzenforschung in Gatersleben am 1. April 1948;

An der Akademie wurden gegründet

- das Institut für hellenistisch-römische Philosophie im Januar 1947;

- das Institut für Slawistik am 1. April 1947;
- das Institut für Orientforschung am 10. April 1947;
- das Institut für Romanische Sprachwissenschaft am 19. Juni 1947 (Arbeitsaufnahme 1948);
- das Institut für Völkerkunde in Dresden und Berlin am 19. Juni 1947;
- das Institut für Bauwesen im Oktober 1947;
- das Institut zur Steigerung der Pflanzenerträge in Paulinenaue am 31. Oktober 1947;
- das Optische Laboratorium am 1. Januar 1948;
- das Institut für Faserstoff-Forschung am 19. Februar 1948;
- das Institut für physikalische Hydrographie am 1. April 1948.

Als Kommission/Unternehmen bestanden 1949 an der Akademie

- die Deutsche Kommission (mit 14 Abteilungen);
- die Kommission für griechisch-römische Altertumskunde (mit neun Abteilungen)
- die Sprachwissenschaftliche Kommission (mit zwei Abteilungen)
- die Kommission für spätantike Religionsgeschichte (mit sechs Abteilungen);
- die Kommission für Vor- und Frühgeschichte;
- die Leibniz-Kommission;
- die Atlas-Kommission;
- die Historische Kommission;
- die Kant-Ausgabe;
- das Wörterbuch der älteren deutschen Rechtssprache;
- die deutsche Literaturzeitung (ab Oktober 1947);
- die Zeitschrift Forschungen und Fortschritte (ab Juni 1947)

Weiterhin gehörten zur Akademie der Verlag, das Archiv und die Bibliothek.

Da in den Unternehmen teilweise mehrere Projekte betreut wurden, bestand hinsichtlich der Wissenschaftlerzahl in etwa eine Parität mit den Instituten, die in der Regel recht klein waren und mehr Hilfspersonal hatten. Insgesamt waren an der Akademie neben den freien Mitarbeitern, insbesondere bei den Editionsunternehmen, etwa 800 Wissenschaftler sowie technische und sonstige Hilfskräfte beschäftigt.

Mitgliederzuwahlen erfolgten 1947 und 1948:

- 1947 wurden zwei und 1948 kein Ordentliches Mitglied gewählt;

- nach längeren Vorbereitungen wurden 16 Ordentliche Mitglieder im März 1949 und ein weiteres im Juni 1949 aufgenommen;
- zwischen dem 9. Mai 1946 und dem 24. Februar 1949 wurden lediglich in der Philosophisch-Historischen Klasse 18 Korrespondierende Mitglieder gewählt, davon 1947 allein zwölf; die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Klasse nahm keine Korrespondierenden Mitglieder auf. Von den 18 Korrespondierenden Mitgliedern wurden vier noch 1949 Ordentliche.

10.

Durch die „Kulturverordnung“ vom 31. März 1949, über die die Akademie durch sowjetische Stellen in Deutschland vorab informiert wurde, ist die Akademie grundlegend verändert worden:

- ihre materielle Lage und die der Mitglieder und Mitarbeiter wurde verbessert;
- die Zahl der Ordentlichen Mitglieder wurde auf 120 erhöht;
- die Akademie erhielt zusätzlich zu ihrem traditionellen Sitz Unter den Linden das Gebäude in der Jägerstraße;
- die Zahl der Klassen wurde von zwei auf sechs erhöht.

Auf der Grundlage einer Ausschreibung vom April 1949 wurden von wissenschaftlichen Institutionen aus ganz Deutschland Vorschläge für Zuwahlen erbeten. Am 14. Und 28. Juli 1949 wurden daraufhin 28 Ordentliche Mitglieder in die Akademie aufgenommen. Das waren in der

- Klasse für Mathematik und Naturwissenschaften - vier;
- Klasse für medizinische Wissenschaften - acht;
- Klasse für landwirtschaftliche Wissenschaften - vier;
- Klasse für technische Wissenschaften - fünf;
- Klasse für Sprachen, Literatur und Kunst - sieben;
- Klasse für Gesellschaftswissenschaften - null.

Die mögliche Höchstzahl der Mitglieder war damit nicht erreicht. Eine Klasse wählte überhaupt keine Mitglieder. Die Parität von Geistes- und Naturwissenschaften unter den Ordentlichen Mitgliedern war aufgegeben. Der Anteil von Ordentlichen Mitgliedern aus der SBZ und Berlin gegenüber dem aus Westdeutschland, der bis zum März 1949 bei leicht östlichem Übergewicht etwa gleich groß war, verschob sich durch die Juliwahlen von 1949 auf fast zwei Drittel Ost und etwas mehr als ein Drittel West.

Soweit einige rein faktische Ergebnisse der Akademieentwicklung in Berlin von 1949 bis 1949, also bis zu einem Zeitpunkt, zu dem der bereits begonnene Teilungsprozeß mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik in ein neues Stadium trat. Festzuhalten bleibt, daß sich zwischen Mai 1945 und Sommer 1949 bei allen Entscheidungen, deren weitere Folgen damals schwerlich zu kalkulieren waren, ein *modus vivendi* zwischen der Akademie, der Besatzungsmacht und den entstehenden deutschen Behörden herausgebildet hat. Wie andere deutsche Akademien erkannte auch die Berliner, daß die Weiterführung ihrer Arbeit die Genehmigung der Siegermächte als Voraussetzung hatte, wozu auch Entscheidungen über das Ausscheiden politisch belasteter Mitglieder gehörten.

An Beispielen aus der gleichzeitigen Geschichte der Münchener, der Heidelberger und der Göttinger Akademie läßt sich dieser Prozeß vergleichend verfolgen. Dazu können hier allerdings lediglich erste Hinweise gegeben werden, um weitere Untersuchungen anzuregen.

Der Tieftemperaturphysiker Walther Meißner (1882-1974), von 1945 bis 1950 zunächst kommissarischer, dann gewählter Präsident der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, beschrieb 1959 in der Festschrift zum 200. Gründungstag der Münchener Akademie recht umfassend die Anfänge nach 1945, wofür er „außer den in der Akademie befindlichen Akten und meinen eigenen Akademieakten ausführliche Notizen“ eines weiteren Akademiemitglieds benutzte. Danach hatten die Mitglieder sich teilweise bereits seit dem 6. Juli 1945 versammelt. Weiter heißt es in diesem Bericht: „... am 27. Juli 1946 konnte der kommissarische Präsident den Mitgliedern mitteilen, daß die Militärregierung und der Kontrollrat die Arbeitsgenehmigung für die Akademie und ihre akademischen Kommissionen erteilt und die bei der Genehmigung aufgeführten Akademiemitglieder und Angestellten bestätigt habe. ... Am 26. September 1946 fand zum ersten Male wieder eine öffentliche Sitzung der Akademie (unter Anwesenheit von Vertretern der Militärregierung) statt.“ Der kommissarische Präsident Meißner war am 12. August 1946 zum Präsidenten gewählt worden.

Über Heidelberg liegt eine ausführliche Darstellung von Udo Wennemuth vor. Hier blieb die alte Akademieleitung nach dem Kriegsende im Amt; sie suchte am 20. Februar 1946 beim „University-Office“ der Militärregierung um die Genehmigung zur Wiedereröffnung nach. Ein Drittel der Ordentlichen Mitglieder stünden angesichts des noch nicht abgeschlossenen

Entnazifizierungsprozesses zur Verfügung. Nach einem weiteren Antrag vom 14. Juni 1946 verfügte der Chief of Higher Institutions and Teachers Training vom Office of Military Government Baden-Württemberg am 24. Juli 1946: „The Heidelberg Academy of Science is hereby authorized to continue its work and its meetings ...“ Am 17. Dezember 1946 bestätigte dann derselbe Chief: „This office hereby approves the formation of the Heidelberger Akademie der Wissenschaften.“ Der Mitgliederfrage, deren Lösung sich bis 1953 hinzog, „entledigte“ sich die Akademie durch „Nichtbehandlung“, heißt es in der erwähnten Geschichte der Heidelberger Akademie von 1994, in der wir weiter lesen: „Letztlich wurden sechs ehemalige Mitglieder nicht wieder in die Akademie aufgenommen, ohne daß ein förmlicher Ausschluß stattgefunden hätte ...“

Die Göttinger Akademie der Wissenschaften war offensichtlich schon 1945 wieder tätig, wie sich aus ihren seit Dezember 1945 nach Berlin bestehenden Kontakten ergibt, auf die noch zurückzukommen sein wird. Präsident und Vizepräsident der Akademie waren 1945/46 der Mineraloge Carl Correns (1893-1980) und der Rechtshistoriker Rudolf Smend (1882-1975). Correns war übrigens ein Sohn des Biologen Carl Correns (1864-1933) und Bruder des Chemikers Erich Correns (1896-1981), beide seit 1915 und seit 1951 Ordentliche Mitglieder der Berliner Akademie.

Das Verhalten der britischen Besatzungsmacht, zu deren Zone Göttingen gehörte, wurde von Peter Alter in einer Studie, die zwar die Akademie nicht behandelt, als ein Kompromiß „zwischen einer liberalen Politik“ und der Berücksichtigung „der restriktiven Auffassung ihrer amerikanischen und französischen Verbündeten“ charakterisiert. Er stützte sich dabei auf eine seit dem 4. Juli 1945 in London erarbeitete und am 16. November 1945 beschlossene Direktive, die von der Annahme ausging, daß „the objective of control in Germany is one not of revenge but of disarmament and conversion to peaceful activity, and that it is therefore not desired to restrict German research and development activity genuinely devoted to peaceful ends.“

Alle verfügbaren Quellen über die Entwicklung in Berlin, München, Heidelberg und Göttingen zeigen eindeutig, daß durchweg Wissenschaftler, die den Akademien bereits unterschiedlich lange - mindestens seit den dreißiger Jahren - als Ordentliche Mitglieder angehörten, gemeinsam mit weiter amtierenden Verwaltungsbeamten das Wirken der Akademien unmittelbar nach der Besetzung durch die Truppen der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs wieder in Gang setzten. Das geschah überall zunächst

ohne amtliche Genehmigung. In München und Heidelberg blieben sogar die Präsidenten im Amt. In Berlin, wo das Amt seit 1943 vakant war, wurde sofort ein Präsident gewählt. Überall wurde die interne Arbeit der Akademien vor der offiziellen Bestätigung faktisch von den Behörden toleriert. Angesichts des Zusammenbruchs aller staatlich-gesellschaftlichen Strukturen kann man dieses Phänomen, dieses persönliche Engagement der Wissenschaftler, nicht genug betonen. Da nach unserem bisherigen Kenntnisstand keine Besatzungsmacht über spezielle konkrete Pläne für die Akademie verfügte, die über allgemeine Vorstellungen einer neuen Wissenschaftspolitik hinausgingen, gerieten die sich bildenden Behörden, die der Deutschen und die der Sieger, angesichts des starken Drängens der Wissenschaftler von Anfang an gewissermaßen in einen Zuzwang. Sie konnten, da sie das unter den damaligen Umständen durchaus mögliche absolute Verbot jeder Betätigung, auch einer halbwegs öffentlichen wissenschaftlichen, nicht praktizierten, eigentlich nur reagieren. Was von den Akademien, die sich selbst als weiterbestehend ansahen, vorgetragen wurde, konnte entweder schlechtweg abgelehnt oder in Richtungen gelenkt werden, die den generell nur partiell kompetenten Vertretern der neuen Staatsgewalt vertretbar erschienen. In der Sache befanden sich letztere in einer schlechteren Position als die Fachvertreter der Wissenschaft in den Akademien.

Eine grundsätzliche Verweigerungshaltung gegenüber deutschen wissenschaftlichen Bestrebungen vermag ich bei keiner Besatzungsmacht zu erkennen. Ebensovienig aber auch von Anfang an detaillierte Pläne für ihr Verhalten zu den einzelnen Akademien, die ihnen vielleicht ohnehin nicht der Nabel der Welt zu sein schienen, solange die Wissenschaftspolitik in Ost und West nicht Bestandteil der sich herausbildenden politischen Auseinandersetzungen war. Als Ausweg blieb zunächst eigentlich nur, wenn man wissenschaftliche Tätigkeit nicht verbieten wollte oder konnte, ein billigendes oder korrigierendes Akzeptieren von Vorschlägen der Wissenschaftler selbst. Während bei den westlichen Besatzungsmächten wegen der Gleichartigkeit der gesellschaftlichen Ordnungen das billigende Element bestimmend war, dominierte bei der östlichen Macht angesichts eines anders gearteten Wissenschaftssystems das korrigierende. Deutlicher Ausdruck dafür waren hinsichtlich der westdeutschen Akademien deren Bestätigung in den traditionellen Formen und im Hinblick auf die Berliner Akademie die Weichenstellungen vom Dezember 1945, die ihren konkreten Niederschlag in der Weisung über die Wiedereröffnung vom 1. Juli 1946 fanden. In Berlin wurden Möglichkeiten westlicher Einflußnahme

auf die Neukonstituierung auf dem Wege über die Alliierte Kommandantur abzublocken versucht, und gleichzeitig wurde der Weg freigehalten für eine Umgestaltung im eigenen Sinne. Bestätigt wird diese Auffassung nicht nur durch die unterschiedliche Entwicklung der deutschen Akademien in Ost und West während der Teilung des Landes, sondern speziell durch das weitere Schicksal der Berliner Akademie und durch die hinhaltende Politik der sowjetischen Behörden bei der Bestätigung der Sächsischen Akademie der Wissenschaften in Leipzig und der Leopoldina in Halle (Saale), die offiziell erst 1948 und 1952 erfolgten. Trotz ihrer Unterschiede waren beide Akademien in der SBZ/DDR, die wie die anderen sofort nach der Kapitulation ihre Tätigkeit wieder aufnahmen, in ein zentralistisch verstandenes Wissenschaftssystem, wie es sich im Osten entwickelte, schwer integrierbar.

Die Bestrebungen der ab 1945 maßgebenden Berliner Akademiemitglieder, die seit Jahrzehnten die faktische Dominanz der Preußischen Akademie gegenüber den anderen deutschen Akademien gern in eine durch umfangreichere Forschungsarbeiten abgesichert umwandeln wollten, trafen sich in diesem Fall mit den Vorstellungen derjenigen, die als sowjetische Besatzungsoffiziere mit ihnen nachgeordneten Mitarbeitern in den abhängigen deutschen Verwaltungen auf diesem Gebiet tätig waren. Obwohl die endgültigen Ziele der Wissenschaftler und der Wissenschaftspolitiker mit Sicherheit nicht identisch waren, so konnte man doch ein Stück des Weges gemeinsam gehen. So geschah es bis 1949. Da die Berliner Akademie als Institution, in der allerdings infolge der bereits erwähnten Endphase des Krieges einsetzenden Wissenschaftlerabwanderung nur ein Teil der Mitglieder anwesend war, diese Form der Kooperation aus Gründen, die im Detail zu untersuchen wären, mitrug, blieben grundsätzliche Differenzen im Hintergrund. Gleichwohl gab es natürlich Reibungen. Dazu gehört das Hinausdrängen des zunächst übernommenen Direktor Scheel aus der Akademie Ende 1946 und seine Ersetzung durch den kommunistischen Mathematiker Josef Naas (geb. 1906). Unter diesem Gesichtspunkt wäre auch die Zuwahlpolitik im ersten Nachkriegsjahrfünft detailliert zu untersuchen.

In der Berliner Akademie bahnte sich, insbesondere im Zusammenhang mit der Gründung der Freien Universität, der Ost-West-Konflikt recht früh an. Die Zentralverwaltung für Volksbildung sah bereits im Juni 1948 eine „aktive Mitwirkung“ in der Akademie, nicht jedoch die Mitgliedschaft als solche, als unvereinbar mit der Beteiligung an der Universität in Dahlem an. Wie sehr man hier den politischen Interessen Rechnung tragen konnte,

zeigen zwei Briefe, die der fast 86jährige Friedrich Meinicke (1862-1954, seit 1915 Ordentliches Akademiemitglied, an einem Tage, nämlich am 27. Oktober 1948, an die Verwaltungen in West- und Ostberlin schrieb. Erstens: „Auf Ihr freundliches Schreiben vom 26. d. M. nehme ich die Ernennung zum ordentlichen Professor an der freien Universität Berlin mit herzlichem Danke an.“ Zweitens folgte gleichzeitig der Verzicht auf das Ordinariat an der Linden-Universität aus „wissenschaftlichen Grundüberzeugungen“ und bei Betonung der „rein ideellen Motive“: „Als ich vor zwei Jahren eine kleine Lehrtätigkeit an der hiesigen Universität wieder aufnahm, geschah es in der Hoffnung auf ein friedliches Nebeneinander marxistischer und nichtmarxistischer Richtungen in den Geisteswissenschaften. Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt.“ Meinicke verzichtete mit einigen weiteren Mitgliedern unmittelbar vor den Jubiläumsfeierlichkeiten im Juli 1950 am 30. Juni 1950 öffentlich auf seine Akademiemitgliedschaft. Anders verhielt sich Fritz Hartung, wie Werner Schochow in einer umfangreichen Auswertung seines Briefwechsels gezeigt hat. Er ließ sich an der Ostberliner Universität zwar ebenfalls aus politischen Gründen emeritieren, konnte sich aber mit der Gründung der Freien Universität nicht befreunden. Er blieb bis 1952 Klassensekretar der Berliner Akademie, der er sich unverändert verpflichtet fühlte und deren Mitglied er bis zu seinem Tode blieb.

Mit welchem Enthusiasmus und welchen Zielstellungen 1945 in den Akademien an die Arbeit gegangen wurde, verdeutlicht ein Brief des Vizepräsidenten der Göttinger Akademie, der eine Antwort auf ein Berliner Schreiben vom 29. November 1945 war. Rudolf Smend schrieb an Präsident Stroux am 10. Dezember 1945: „Wir verfolgen hier Ihre Wiederaufbauarbeit mit den lebhaftesten Hoffnungen für einen glücklichen neuen Anfang und sind gewiß, daß ein solcher Anfang um so fruchtbarer und vielversprechender ist, je mehr hingebende Arbeit auf ihn hat verwendet werden müssen. ... Ich darf zugleich als Vizepräsident der Göttinger Akademie der Wissenschaften der Preußischen Akademie unsere herzlichsten Wünsche in treuer Verbundenheit sagen. Die Arbeiten der Berliner Akademie sind Gemeingut der deutschen Wissenschaft der Welt, und das Recht der Berliner Akademie an ihnen ist in der ganzen Welt so selbstverständlich, daß wir die Letzten sein würden, es irgendwie in Frage zu stellen. ... Nicht Abbau, sondern Aufbau der Berliner wissenschaftlichen Körperschaften und ihrer Arbeiten ist auch unser Ziel.“ In diesem Brief wurde ebenso wie in dem des Göttinger Präsidenten Carl Correns vom 24. Dezember 1945, in dem es um die Arbeiten am Deutschen Wörterbuch

der Brüder Grimm und an den Monumenta Germaniae historica ging, die Weiterführung der Deutschen Literaturzeitung und der Zeitschrift Forschungen und Fortschritte angesprochen, die ab 1947 wieder erscheinen konnten.

Von Göttingen ging mit einem Schreiben vom 29. Januar 1946 an die Akademien in Berlin, München, Leipzig und Heidelberg auch die Initiative zur interakademischen Zusammenarbeit aus. Ich zitiere aus diesem Schreiben: „Der Kreis der Akademien der Wissenschaften ist bisher infolge der Zeitumstände noch ohne die dauernde gegenseitige Fühlung, die bis zum Zusammenbruch zwischen seinen Mitgliedern bestanden hat. Die Göttinger Akademie der Wissenschaften möchte diese Fühlung heute aufnehmen, um die Gemeinschaft wieder herzustellen und sie den besonderen gemeinsamen Aufgaben dienstbar zu machen, die die Gegenwart erfordert.“

Wir dürfen uns wohl mit den Schwesterakademien verbunden wissen in der gemeinsamen Sorge um die großen Unternehmungen der deutschen Wissenschaft, sowohl um die Aufgabe und Arbeitsfelder einzelner Akademien wie um die, die eine gemeinsame deutsche Aufgabe sind. ... Mit wiederholtem Ausdruck unserer Hoffnung, daß uns die Erfüllung dieser gemeinsamen Aufgabe gelingen, und daß sie Anfang erneuter, fruchtbarer Zusammenarbeit sein mögen, begrüßen wir die Schwesterakademien mit den wärmsten Wünschen.“

Am vorläufigen Ende dieser Hoffnungen stand dann - und dieser kleine zeitliche Vorgriff sei mir erlaubt - anläßlich des 250. Jubiläums der Berliner Akademie 1950 die Ablehnung der Teilnahme der westdeutschen Akademien. Die Geschichte der gesamtdeutschen interakademischen Entwicklungen zu verfolgen, müßte indes Gegenstand einer gesonderten Studie sein. Eine solche würde ich für außerordentlich wichtig halten, da die gesamte deutsche Akademiegeschichte seit 1945 nicht allein aus der Sicht einer einzelnen Akademie, sondern nur bei Berücksichtigung vergleichender Elemente interpretiert werden kann.

Heute kehre ich lediglich zu meinem Ausgangspunkt zurück, zu Gottfried Wilhelm Leibniz. Über die Arbeiten an der seit 1903 betriebenen Gesamtausgabe seiner Schriften und Briefe unter der Leitung von Johannes Stroux heißt es im Jahrbuch der Akademie für die Jahre 1946 bis 1949: „Nach Einstellung neuer Mitarbeiter und Bereitstellung genügender Arbeitsräume konnte der umfangreiche Arbeitsapparat wieder in vollem Umfang in Benutzung genommen werden. ... Es ist der Wunsch der Aka-

demie, die Arbeit an den Werken ihres ersten Präsidenten durch Erweiterung des Mitarbeiterkreises auf eine wesentlich breitere Basis zu stellen, damit die Ausgabe in rascherer Folge als in der Vergangenheit erscheinen kann.“

Quellen und Literatur

- Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, II - I, 15 (Briefwechsel mit Wien und Göttingen 1945/47)
- Peter Alter, Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in den deutsch-britischen Wissenschaftsbeziehungen, in: *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*. Ed. Rudolf Vierhaus, Bernhard vom Brocke, Stuttgart 1990, s. 727-746
- Dokumente zur Geschichte der Berliner Akademie der Wissenschaften vom 1700 bis 1990. Ed. Werner Hartkopf, Gert Wangermann, Berlin, Heidelberg, New York 1991
- Gerhard Dunken, *Die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin in Vergangenheit und Gegenwart*, Berlin 1958
- Gerhard Dunken, *Wegweiser durch die Institute und Forschungseinrichtungen der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin*, Berlin 1960
- Conrad Grau, Der Akademiegedanke in Berlin nach 1945 aus wissenschaftshistorischer Sicht, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 40, 1992, S. 131-149
- Conrad Grau, *Die Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Eine deutsche Gelehrten-gesellschaft in drei Jahrhunderten*, Heidelberg, Berlin, Oxford 1993
- Jahrbuch der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1946 - 1949*, Berlin 1950
- Friedrich Meinicke, *Ausgewählter Briefwechsel*. Ed. L. Dehio, P. Classen, Stuttgart 1962
- Walther Meißner, Die schwierige Lage der Akademie unter der nationalsozialistischen Regierung und der Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg, in: *Geist und Gestalt. Biographische Beiträge zur Geschichte der Bayerischen Akademie der Wissenschaften vornehmlich im zweiten Jahrhundert ihres Bestehens*, Bd. 1, München 1959, S. 35-49
- Die Mitglieder der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1700 - 1950*. Ed. Erik Amburger, Berlin 1950
- Benno Parthier, *Die Leopoldina. Bestand und Wandel der ältesten deutschen Akademie*, Halle (Saale) 1994
- Werner Schochow, Ein Historiker in der Zeit. Versuch über Fritz Hartung (1883-1967), in: *Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands* 32, 1983, S. 219-250
- Die Sitzungsprotokolle des Magistrats der Stadt Berlin 1945/46. Teil I: 1945*. Ed. Dieter Hanauske, Berlin 1995
- Udo Wennemuth, *Wissenschaftsorganisation und Wissenschaftsförderung in Baden. Die Heidelberger Akademie der Wissenschaften 1909 - 1949*, Heidelberg 1994